

Medienmitteilung vom 14. September 2021

Diskriminierungsmonitor 2021: Riesige kantonale Unterschiede bestätigen den systematisch betriebenen Protektionismus zugunsten nicht wettbewerbsfähiger Spitäler

Der diesjährige Diskriminierungsmonitor bestätigt den Befund, dass von Kantonen systematisch Protektionismus betrieben wird zugunsten sonst nicht wettbewerbsfähiger Spitäler. Die Kantone nutzen ein Effizienzpotenzial von jährlich 2.5 Milliarden Franken nicht. ospita fordert alle konstruktiven Kräfte auf, die anstehende Debatte rund um die Kostendämpfungsinitiative der CVP zur Nutzung dieses Potenzials zu nutzen. Mögliche Massnahmen sind die Abschaffung der kantonalen Spitalplanungen und der Zulassungsbürokratie sowie der Rückzug der Kantone und weiterer öffentlicher Eigner aus der Eigentümerschaft von medizinischen Leistungserbringern.

Die alljährlich durchgeführte Studie der Universität Basel (Prof. Dr. Stefan Felder) zu den Tarif- und Finanzierungsunterschieden im akutstationären Bereich zwischen öffentlichen Spitälern und Privatkliniken (Diskriminierungsmonitor) stellt zusammen, was sich Jahr für Jahr unter dem Titel von gemeinwirtschaftlichen Leistungen, überhöhten Basispreisen und weiteren geldwerten Vorteilen zeigt: Rund 94 Prozent der offenen und verdeckten Subventionen der Kantone - 2019 erstmals über 2.5 Milliarden Franken - werden an öffentliche Spitäler geleistet. Dasselbe Bild zeigt sich auch in der Krise, wie die Studie aufzeigt: Viele Kantone leisten unter dem Titel der Covid-19-Hilfen eine Entschädigung für die Ausfälle in den Spitälern im Jahr 2020: Die rund 830 Millionen Franken fliessen wiederum zum allergrössten Teil an stationäre Leistungserbringer, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden.

ospita-Präsident Beat Walti sagt dazu: «Der Diskriminierungsmonitor zeigt nun bereits seit 7 Jahren das Ausmass der kantonalen Quersubventionierung in der Höhe von durchschnittlich 2.3 Milliarden Franken jährlich, mit steigender Tendenz. Rund 16.5 Milliarden Franken oder über 7'500 Franken Steuergeld pro vierköpfige Familie sind durch die Kantone in dieser Zeit zur Strukturhaltung eingesetzt worden statt dass dieses Effizienzpotenzial genutzt wird.» Das Potenzial der 2.5 Milliarden Franken muss dank Qualitätswettbewerb und Kostenmanagement der Akteure ausgeschöpft und realisiert werden. Die Initiative und der bundesrätliche Gegenvorschlag setzen hingegen auf das «Weiter so» der untauglichen Zulassungsbürokratie und Planungsmanie, die schon zu den heutigen Missständen geführt haben.

ospita setzt sich dafür ein, dass sich in allen OKP-finanzierten Bereichen diejenigen Anbieter durchsetzen, die hohe Qualität, kostengünstige Effizienz und Patientenfreundlichkeit am besten zu kombinieren wissen. Die anstehende Debatte um die so genannte «Kostendämpfungsinitiative» und den bundesrätlichen Gegenvorschlag dazu bietet die Gelegenheit, um die Weichen in die richtige Richtung zu stellen.

- Der Staat soll sich auf qualitative Zulassungsvoraussetzungen konzentrieren, die von jedem Anbieter für die OKP-Abrechnungsberechtigung erfüllt sein müssen.
- Es braucht sowohl im stationären wie im ambulanten Bereich die Durchlässigkeit der Kantone und eine echte Wahlfreiheit der Patientinnen und Patienten. Die besten

Anbieter werden so ihre Qualität weiter steigern (hohe Fallzahlen) und die Preise senken (Mengeneffekte).

- Die Kantone (ggf. Regionen) können ein Mindestangebot definieren, das sie zwingend in der Region anbieten wollen, nötigenfalls durch gemeinwirtschaftliche Leistungen ermöglichen und in einem transparenten Verfahren ausschreiben.
- Sowohl die kantonalen Spitalplanungen als auch die Zulassungsbürokratie sind abzuschaffen, die Kantone und weitere öffentliche Eigner (Gemeinden, Zweckverbände) müssen sich - mit Ausnahme der Universitätsspitäler an ihren Kernstandorten – nach einer Übergangsfrist aus der Eigentümerschaft von medizinischen Leistungserbringern zurückziehen.

Auskunft:

Guido Schommer, Generalsekretär ospita, +41 79 300 51 45; guido.schommer@ospita.ch

Beat Walti, Nationalrat, Präsident ospita, +41 79 296 72 25

Die Studie „Tarif- und Finanzierungsunterschiede im akutstationären Bereich zwischen öffentlichen Spitälern und Privatkliniken 2013 - 2019“ der Universität Basel ist [hier](#) publiziert.